

Festival der Gegenstimmen

In Magdeburg versammelt das BSW eine Woche vor der Landtagswahl rund 2.000 Besucher und erstaunlich viele jener Stimmen, die in den vergangenen Jahren im politischen Hauptstrom weniger Raum gefunden haben

Corona, Meinungsfreiheit, Hochschulen, öffentlich-rechtlicher Rundfunk, Russland und Krieg: Fast acht Stunden lang wird in der Festung Mark geredet, gelesen und diskutiert – weniger gegeneinander als über einen als eng empfundenen politischen und medialen Meinungskorridor. Das kann man als Selbstvergewisserung betrachten. Man kann aber auch fragen: Muss bei einem Festival der Gegenstimmen ausgerechnet jener Mainstream mit auf die Bühne, der ohnehin jeden Tag auf nahezu allen großen Kanälen zu hören ist?

Von Christian Witt

Drei Gongs.

Dann ein kleiner Scherz.

„Eigentlich müsste ich jetzt sagen: Guten Tag, meine Damen und Herren. Hier ist die Tagesschau.“

Kurze Pause.

„Das lassen wir aber jetzt weg.“

Gelächter. Damit ist der Ton gesetzt. Wir sind in Magdeburg, in der historischen Festung Mark, beim „Festival der Meinungsfreiheit“ des Bündnisses Sahra Wagenknecht. Und schon in den ersten Sekunden bekommt der öffentlich-rechtliche Rundfunk einen kleinen Seitenhieb ab.

Das Publikum weiß ziemlich genau, wo es gelandet ist.

Die alte Festungsanlage passt dabei fast zu gut. Dicke Mauern, Gewölbe, Höfe und Gänge. Ein Bauwerk, das einmal dazu gedacht war, abzugrenzen, abzuwehren, draußen und drinnen zu unterscheiden.

Heute soll es ausgerechnet um das Gegenteil gehen: um offene Tore im Kopf, um das Recht auf Widerspruch und um Stimmen, die nach Wahrnehmung der Veranstalter und vieler Besucher aus dem großen gesellschaftlichen Gespräch herausgedrängt worden sind oder darin zumindest deutlich weniger Raum finden.

Gleich zu Beginn formuliert einer der Gastgeber den Anspruch des Tages ziemlich präzise:

„Meinungsfreiheit beweist ihren Wert nicht im Konsens, sondern dort, wo Reibung entsteht.“

Und weiter:

„Die Freiheit, seine Meinung zu äußern, sie kontrovers zu diskutieren, sie auch im Austausch mit anderen Menschen immer mal wieder anzupassen, sich neue Perspektiven zu holen, neue Blickwinkel – das ist der Kern einer gesunden politischen Kultur.“

Das ist ein hoher Anspruch. Und einer, an dem sich die Veranstaltung im Laufe des Tages selbst messen lassen muss.

Zunächst aber fällt etwas anderes auf: Es sind viele Besucher.

Sehr viele.

Während der Veranstaltung nennt ein BSW-Sprecher zunächst 1.350 Teilnehmer. Später kommuniziert die Partei rund 2.000 Besucher.

Eine Woche vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt ist das für eine junge Partei, die gerade *Anlauf auf die magische Fünf-Prozent-Hürde* nimmt, keine ganz ungeschickte Platzierung.

Natürlich ist dieser Sonntag auch Wahlkampf.

Aber es ist ein erstaunlich anderer Wahlkampf.

Mehr als ein klassischer Wahlkampftermin

Fast acht Stunden Programm: Podien, Vorträge, Satire, Lesungen, Kunst und Musik. Und eine Gästeliste, bei der man sich durchaus die Augen reiben kann.

Gabriele Krone-Schmalz, Ulrike Guérot, Daniela Dahn, Johannes Varwick, Stefan Homburg, Norbert Häring, Michael Meyen, Paul Schreyer, Tom Lausen, Aya Velázquez, Markus Haintz, Christine Prayon, Felicia Binger, Alexander Teske, Patrik Baab, Florian Warweg, Flavio von Witzleben.

Menschen aus sehr unterschiedlichen politischen und beruflichen Zusammenhängen. Journalisten, Wissenschaftler, Künstler, Juristen, Publizisten. Nicht alle sind BSW-Leute. Nicht alle kommen aus derselben politischen Tradition. Und sicherlich würden einige von ihnen in anderen Fragen zu sehr unterschiedlichen Einschätzungen gelangen.

Aber etwas verbindet erstaunlich viele dieser Biografien.

Es sind Menschen, die in den vergangenen Jahren widersprochen haben.

Menschen, die öffentlich Positionen vertreten haben, die nicht oder nicht mehr dem vorherrschenden politischen und medialen Konsens entsprachen. Für einige hatte das erhebliche persönliche oder berufliche Folgen.

Man könnte sagen: Das BSW versammelt an diesem Sonntag nicht einfach eine politische Strömung. Es versammelt ein *Milieu der Gegenstimmen*.

Und genau das dürfte einen erheblichen Teil des Publikums nach Magdeburg gezogen haben.

Corona – die Stunde null?

Los geht es mit einem Thema, an dem sich bis heute Freundschaften, Familien und politische Biografien scheiden: Corona.

„Corona-Politik: Stunde null eines neuen Autoritarismus?“ heißt das erste Podium.

Paul Schreyer, Bastian Barucker und Tom Lausen sitzen auf der Bühne. Drei Menschen, die sich während beziehungsweise nach der Pandemie intensiv mit den politischen Entscheidungen, ihren Datengrundlagen und der Rolle der Medien beschäftigt haben.

Schreyer hatte mit seinem Magazin Multipolar die zunächst stark geschwärzten Protokolle des RKI-Krisenstabes gerichtlich herausgeklagt. Die später vollständig veröffentlichten Dokumente wurden unter anderem von Barucker ausgewertet.

Damit bleibt das Gespräch nicht bei der allgemeinen Frage stehen, ob während Corona „zu viel“ oder „zu wenig“ gemacht worden sei. Es geht um Entscheidungswege: Wer wusste wann was, welche wissenschaftlichen Erkenntnisse lagen vor, wie wurden politische Entscheidungen begründet? Wie entwickelte sich das Verhältnis zwischen fachlicher Beratung und politischer Entscheidung – und warum deckten sich öffentliche Kommunikation und interne Einschätzungen nicht immer?

Ein Argument des Podiums lautet, dass bereits vor Corona staatliche Pandemiepläne existierten, die für gefährliche Pandemien ausgearbeitet worden waren, in denen bestimmte später ergriffene Maßnahmen so nicht vorgesehen gewesen seien.

Ein weiterer Punkt ist die Hochstufung der Risikobewertung durch das RKI im März 2020. Gefragt wird, wie diese Entscheidung zustande kam und wie wissenschaftliche Bewertung und politische Entscheidung ineinandergriffen.

Das sind die interessanteren Momente dieses ersten Panels. Denn damit verlässt die Diskussion das Gelände von „Ich war dafür“ und „Ich war dagegen“. Sie fragt nach Verfahren, Transparenz und Verantwortlichkeit – und nach einer Aufarbeitung, die sich nicht darin erschöpft, die Pandemie rückblickend für beendet zu erklären.

Das Publikum muss an diesem Vormittag nicht davon überzeugt werden, dass bei Corona grundsätzliche Fragen offengeblieben sind. Viele im Saal haben diese Überzeugung längst.

Aber vielleicht liegt genau darin auch eine Funktion dieses Tages.

Menschen, die über Jahre das Gefühl hatten, mit ihren Zweifeln ziemlich allein zu stehen, treffen plötzlich auf 1.000, 1.500, vielleicht 2.000 andere.

Politisch kann solche Selbstvergewisserung durchaus produktiv sein.

Stefan Homburg: Vom Professor zum öffentlichen Gegenredner

Es folgt etwas, das im politischen Betrieb selten genug vorkommt: Humor. Christine Prayon und Felicia Binger lesen aus „Testzentrum – Long Covid – Short Stories“.

Danach Stefan Homburg.

Der frühere Professor für Öffentliche Finanzen wurde während der Corona-Jahre zu einem der bekanntesten Kritiker der Maßnahmenpolitik. Sein Thema in Magdeburg lautet: „Zensur & politische Verfolgung: Persönlicher Erfahrungsbericht“.

Und hier wird aus der abstrakten Debatte über Meinungsfreiheit eine biografische.

Homburg erinnert an ein Interview vom 17. April 2020. Darin habe er darauf hingewiesen, dass der vom RKI berechnete Reproduktionswert bereits vor dem Lockdown unter eins gelegen habe. Das Interview wurde millionenfach gesehen.

Seine Argumentationslinie geht weiter: Entscheidend sei nicht nur, welche politischen Entscheidungen damals getroffen wurden, sondern wie anschließend mit Kritik an diesen Entscheidungen umgegangen worden sei.

Homburg verbindet die Corona-Zeit mit einer grundsätzlich größeren Frage: Was geschieht in einer Gesellschaft, wenn ein politischer Ausnahmezustand entsteht und abweichende Einschätzungen nicht mehr nur als andere Einschätzungen, sondern als gesellschaftliches Problem behandelt werden?

Im Zusammenhang mit der Impfpflicht spricht er sogar von einem „Menetekel des Totalitarismus“. Er verweist dabei auf Differenzen zwischen internen Bewertungen des RKI, politischer Kommunikation und dem späteren Handeln staatlicher Institutionen.

Interessant ist es, Homburg einmal nicht nur in einem Ausschnitt, einem Tweet oder einem über ihn geschriebenen Artikel wahrzunehmen, sondern seiner Argumentation eine Weile zu folgen.

Das ist überhaupt eine Stärke dieses Tages: Viele Aussagen, die sonst in einer Talkshow nach drei Sätzen durch Gegenrede, Moderation oder den nächsten Themenblock abgebrochen würden, bekommen hier Zeit, ihre innere Argumentationslinie auszubreiten.

Erst dadurch werden die Argumente in ihrer ganzen Linie sichtbar – und damit diskutierbar.

Essen, trinken, zuhören, reden

Und dann ist da noch etwas, das sich in den Podiumsdiskussionen kaum abbilden lässt: die Atmosphäre dieses Tages.

Das Wetter meint es gut mit Magdeburg. Draußen, geschützt unter einem großen Zelt, sitzen Menschen an Tischen, essen und trinken, hören von dort den Gesprächen auf der Bühne zu. Andere stehen am Rand, ziehen von Tisch zu Tisch oder spielen eine Runde Tischtennis.

Es ist tatsächlich Festival.

Man begegnet sich wieder. Man erkennt Gesichter, fällt sich in die Arme, bleibt irgendwo hängen. Aus einem kurzen Hallo werden zehn Minuten, aus zehn Minuten eine halbe Stunde. Einer holt sich etwas zu essen, der andere ein Getränk, irgendwo klackert der Tischtennisball.

Und geredet wird.

Über das gerade Gehörte und über das, was in den vergangenen Jahren passiert ist. Über Politik und Medien, Corona und Krieg, über persönliche Erfahrungen und darüber, was all das mit Menschen gemacht hat.

Am Rand steht man zusammen und redet über die *Verwundungen der Weltgeistseele*, über eine Gesellschaft in permanenter Angstgetriebenheit, über das Gefühl von Treibjagd, das manche in den vergangenen Jahren erlebt haben.

Große Worte vielleicht.

Aber hier klingen sie plötzlich gar nicht so groß.

Denn hinter vielen politischen Debatten dieses Tages liegen persönliche Geschichten. Verletzungen. Verlorene Freundschaften. Zerbrochene Gewissheiten. Enttäuschung über Institutionen. Das Gefühl, irgendwann nicht mehr verstanden worden zu sein – und manchmal auch selbst nicht mehr verstehen zu können, was da eigentlich mit der Welt passiert.

Und dann steht man hier bei gutem Wetter in einer alten Festung, isst etwas, trinkt etwas, hört zu, spielt Tischtennis und begegnet Menschen, denen man manches gar nicht mehr lange erklären muss.

Vielleicht ist das ein Teil der eigentlichen Festivalstimmung.

Nicht nur Gegenöffentlichkeit.

Gemeinschaft auf Zeit.

Und immer wieder Gespräche.

Ernsthafte, wilde, traurige, lustige. Manche mit großen historischen Bögen, andere über ganz persönliche Geschichten. Man redet sich fest, redet sich warm und manchmal vielleicht auch etwas von der Seele.

Reden befreit.

Vielleicht ist das die schlichteste Beobachtung dieses langen Tages.

Wer entscheidet eigentlich, was Wahrheit ist?

Am Nachmittag wird es struktureller.

„Der Wahrheitskomplex: Staatlich gelenkte Meinungsmache“ heißt eines der Podien.

Norbert Häring erläutert dort den Begriff, den er auch zum Titel seines Buches gemacht hat. Seine These ist weitreichend:

„Der Wahrheitskomplex ist ein Netzwerk aus ganz vielen verschiedenen Organisationen, staatliche und private, das der Staat gegründet hat, finanziert und organisiert, um das Zensurverbot zu umgehen.“

Häring spricht über NGOs, Faktenchecker, staatliche und halbstaatliche Meldestellen und Organisationen, die nach seiner Darstellung Listen von Publizisten und Publikationsorganen erstellen und auf deren Reichweite oder Finanzierung Einfluss nehmen.

Über Meldestellen sagt er, diese würden dazu beitragen, Menschen

„einzuschüchtern, damit sie ihre kritische Meinung für sich behalten und nicht damit an die Öffentlichkeit gehen“.

Seine Argumentationslinie ist interessant, weil sie über den simplen Satz „Man darf nichts mehr sagen“ hinausgeht.

Natürlich kann man in Deutschland eine enorme Bandbreite von Meinungen öffentlich äußern. Härings Frage setzt früher an: Was geschieht, wenn auf eine legale Meinungsäußerung berufliche, soziale, finanzielle oder juristische Konsequenzen folgen können? Wann beginnt ein Mensch, mögliche Folgen bereits mitzudenken, bevor er etwas sagt? Wann wird aus äußerer Begrenzung Selbstbegrenzung? Und welche Rolle spielen dabei staatlich finanzierte oder mit staatlichen Stellen kooperierende Organisationen?

Daraus ergeben sich konkrete Fragen: Welche Organisationen sind gemeint? Wie werden sie finanziert? Welche Verbindungen bestehen zum Staat? Und an welchem

Punkt wird aus Förderung zivilgesellschaftlicher Arbeit eine indirekte Einflussnahme auf den öffentlichen Diskurs?

Damit sind wir beim eigentlichen Kern des Festivals.

Meinungsfreiheit nicht nur als Artikel 5 des Grundgesetzes, sondern als gelebte gesellschaftliche Praxis.

Die entscheidende Frage lautet dann nicht nur:

Darf ich das sagen?

Sondern auch:

Was kann es mich kosten, wenn ich es sage?

Russland verstehen verboten?

Dann Gabriele Krone-Schmalz.

Die frühere ARD-Korrespondentin in Moskau beginnt zunächst mit etwas scheinbar Einfachem: dem Unterschied zwischen Verstehen und Verständnis haben.

Dass „Russlandverstehler“ oder „Putinverstehler“ zu Schimpfwörtern werden konnten, hält sie schon sprachlich für bemerkenswert.

Politische Entscheidungsträger müssten Menschen um sich haben, die verstünden, wie Russland denkt und handelt – genauso selbstverständlich wie Menschen, die verstehen, wie die USA denken und handeln.

„Es ist in unserem Interesse, im Interesse Deutschlands und im Interesse der EU, Russland zu verstehen.“

Und unmittelbar danach:

„Da geht's auch nicht um sowas wie rechtfertigen, sondern ums Erklären.“

Dann wird Krone-Schmalz deutlicher.

Wer von falschen Voraussetzungen ausgehe, habe ein hohes Risiko, falsche Entscheidungen zu treffen:

„In der Wirtschaft kosten falsche Entscheidungen Geld. In der Politik hin und wieder den Frieden.“

Und sie zieht daraus eine weitreichende Schlussfolgerung:

„Wenn die politischen Entscheidungsträger im Westen Russland verstanden hätten, dann wäre es ein Leichtes gewesen, den Krieg in der Ukraine und um die Ukraine zu verhindern.“

Als einen entscheidenden Knackpunkt nennt sie die aus russischer Sicht drohende NATO-Mitgliedschaft der Ukraine.

Dabei stellt sie das Recht der Ukraine auf eigene Bündniswünsche gar nicht in Abrede. Sie dreht die Frage vielmehr um: Ein souveräner Staat könne den Beitritt wünschen. Daraus folge aber keine Verpflichtung der NATO, diesem Wunsch zu entsprechen. Auch das Bündnis könne aus übergeordneten sicherheitspolitischen Überlegungen Nein sagen.

Doch dann geht Krone-Schmalz noch einen Schritt weiter.

Denn Verstehen, sagt sie, sei nur „eine Seite der Medaille“.

Die andere heißt Interessen.

Deutschland und die EU hätten ein erhebliches wirtschaftliches und politisches Interesse an guten Beziehungen zu Russland, Russland umgekehrt ebenso an guten Beziehungen zur EU. Eigentlich, so ihre Argumentation, ergänzten sich beide Seiten in vieler Hinsicht.

Warum also funktioniert es nicht?

Krone-Schmalz richtet den Blick nun auf die USA.

Eine enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit auf dem eurasischen Kontinent liege nicht im amerikanischen Interesse, argumentiert sie. Eine funktionierende Verbindung zwischen Russland, den Staaten der ehemaligen Sowjetunion und der EU würde die amerikanische Vormachtstellung berühren.

Und damit landet sie bei der vielleicht schärfsten Frage ihres Vortrags:

Ist dieser Krieg nur ein Krieg, den man bislang nicht beenden konnte – oder gibt und gab es mächtige Akteure, für die seine Fortsetzung eigenen strategischen Interessen dient?

Krone-Schmalz erinnert in diesem Zusammenhang an den damaligen US-Verteidigungsminister Lloyd Austin.

Nur wenige Wochen nach dem russischen Einmarsch, zu einer Zeit, in der nach ihrer Darstellung noch hoffnungsvolle Signale für ein frühes Ende des Krieges vorhanden waren, formulierte Austin als amerikanisches Ziel, Russland so weit zu schwächen, dass es zu einem ähnlichen Angriff künftig nicht mehr in der Lage sei.

Krone-Schmalz übersetzt die Konsequenz daraus auf ihre Weise:

„Mit anderen Worten: jetzt ein Friedensschluss. Keine gute Idee.“

Damit verändert sich die Perspektive erheblich.

Dann lautet die Frage nicht mehr allein, *wer diesen Krieg begonnen hat, sondern auch, **welche Interessen seit seinem Beginn an seiner Fortsetzung hängen*.

Wer gewinnt geopolitisch? Wer verliert wirtschaftlich? Wer wird militärisch geschwächt? Wer verkauft Energie und Waffen? Und wer bezahlt den Preis?

Krone-Schmalz zieht nach viereinhalb Jahren Krieg eine bittere Bilanz: Die Ukraine stehe „mit dem Rücken zur Wand“, Russland sei geschwächt, wenn auch längst nicht in dem ursprünglich erwarteten Umfang, und die europäischen Länder – allen voran Deutschland – hätten sich durch die Sanktionen selbst erheblich geschadet.

Ihr Vortrag bekommt damit eine zweite Ebene.

„Russland verstehen“ bedeutet bei ihr nicht nur, russische Beweggründe zur Kenntnis zu nehmen. Es bedeutet, die Interessen *aller* Beteiligten offenzulegen – einschließlich der westlichen.

Und daraus folgt ihre politische Forderung: raus aus der Logik gegenseitiger Schuldzuweisung und so schnell wie möglich Wege aus dieser Sackgasse finden. Das könne nur funktionieren, wenn jede Seite die Beweggründe und Befindlichkeiten der jeweils anderen überhaupt verstehen wolle.

Am Ende steht ein Satz, der nach diesem Gedankengang erheblich schwerer wiegt als ein allgemeiner Friedensappell:

„Die Kernkompetenz von Politik ist Diplomatie und nicht Waffenlieferungen und Krieg.“

Plötzlich geht es nicht mehr nur darum, ob Deutschland Russland richtig oder falsch beurteilt.

Es geht um die unbequemere Frage, *ob Frieden tatsächlich immer das vorrangige Interesse aller Beteiligten ist.*

Die Universität als Konsensfabrik

Weiter geht es mit den Hochschulen.

Ulrike Guérot, Patrik Baab, Johannes Varwick und Claudia Wittig sprechen über Wissenschaft und Konformitätsdruck.

Schon die Einführung setzt den Rahmen. Hochschulen, heißt es dort, seien zunehmend Orte, an denen nicht der Dissens und die kritische Auseinandersetzung gewännen, sondern „mehrheitsfähige Meinungen reproduziert werden sollen“.

Die entscheidende Frage an Guérot lautet:

„Wo endet wissenschaftlicher Konsens und wo beginnt politischer Konformitätsdruck?“

Das ist eine gute Frage. Vielleicht sogar eine der besseren dieses Tages.

Denn Wissenschaft braucht vorläufige Gewissheiten, auf denen sie weiterarbeiten kann. Aber sie lebt ebenso davon, dass diese Gewissheiten grundsätzlich angreifbar bleiben.

Guérot nennt als einen Mechanismus, der Anpassungsdruck erzeugen könne, die Abhängigkeit moderner Universitäten von Drittmitteln. Sie spricht von einer „sublimierten Zensur“.

Ihre Argumentation: Wer wissenschaftlich arbeiten und Karriere machen wolle, müsse Projekte beantragen, Förderlogiken beachten und damit zwangsläufig auch Erwartungen möglicher Geldgeber mitdenken.

Damit wird aus der abstrakten Frage nach Wissenschaftsfreiheit plötzlich eine sehr praktische: Welche Forschungsfragen werden finanziert? Welche gelten als relevant? Welche Begriffe erhöhen die Chancen eines Antrags? Welche Themen versprechen akademische Reputation? Welche Fragestellungen lässt man vielleicht liegen?

Und was passiert mit Wissenschaftlern, die öffentlich Positionen vertreten, die außerhalb des akademischen oder politischen Konsenses liegen?

Auch hier zeigt sich wieder: Die Frage nach Meinungsfreiheit beginnt nicht erst beim Verbot. Sie beginnt möglicherweise viel früher – bei Anreizen, Karrierewegen, Fördermitteln und sozialer Anerkennung.

Und bei der Frage, ob jemand irgendwann lieber schweigt, obwohl ihm niemand ausdrücklich den Mund verboten hat.

Von der Universität direkt zur Tagesschau

Dann wird es sehr konkret.

Alexander Teske.

Sechs Jahre Redakteur bei ARD-aktuell, zuvor beim MDR. Also jemand, der nicht von außen über die Tagesschau spekuliert, sondern in jener zentralen Nachrichtenredaktion gearbeitet hat, in der Tagesschau und Tagesthemen entstehen.

Sein Buch heißt „Inside Tagesschau“.

Und wieder so ein kleiner Moment, der mehr erzählt als große Theorien.

Teske fragt ins Publikum:

Wer schaut eigentlich noch Tagesschau?

Es melden sich erstaunlich viele.

„Das ist ja doch noch jede Menge.“

Teske bezeichnet die Tagesschau als „immer noch die mächtigste Nachrichtenmarke des Landes“.

Das gefällt mir. Denn es widerspricht dem einfachen Bild einer abgeschlossenen Gegenwelt. Viele Menschen hier haben sich offenbar gar nicht von den klassischen Medien verabschiedet.

Sie sehen sie, lesen sie, hören sie – und ärgern sich über sie.

Die interessante Frage ist deshalb nicht, ob jeden Abend falsche Nachrichten erfunden werden. Viel spannender ist: *Wie entsteht Auswahl?*

Eine Tagesschau hat begrenzte Sendezeit. Also muss ausgewählt werden. Welche Meldung schafft es hinein, welche nicht? Welche Experten werden gefragt? Welche Vorgeschichte wird erzählt? Welche bleibt weg? Welche Begriffe benutzt eine Redaktion? Welche Themen gelten als wichtig, welche erscheinen randständig?

Und was passiert, wenn sich innerhalb einer Redaktion über Jahre sehr ähnliche politische, soziale und kulturelle Blickwinkel versammeln?

Dann muss niemand morgens eine politische Sprachregelung verteilen.

Homogenität kann auch ganz ohne Befehl funktionieren.

Menschen finden dieselben Dinge selbstverständlich, stellen dieselben Fragen – und irgendwann fallen ihnen die Fragen, die niemand mehr stellt, möglicherweise gar nicht mehr auf.

Das ist die eigentlich interessante Ebene der Medienkritik.

Nicht: *Sind dort böse Menschen am Werk?*

Sondern:

Wie entsteht Wirklichkeit in einer Redaktion?

Und wie viel Vielfalt braucht eine Redaktion, um die eigene Perspektive überhaupt noch als Perspektive erkennen zu können?

„So viel positive Vibes und so ein Scheißthema“

Später folgt „Vielfalt verboten? Cancel Culture in den Medien“.

Die Anmoderation ist erfreulich wenig akademisch:

„So viel schöne Menschen, so viel positive Vibes und so ein Scheißthema.“

Dann geht es um Journalisten und Publizisten, die aus eigener Erfahrung erzählen sollen, „wie das so abgeht, wenn man unliebsame Meinungen vertritt“.

Auf dem Podium sitzen unter anderem Michael Meyen, Florian Warweg und Flavio von Witzleben.

Auch hier verschiebt sich die Frage.

Nicht, ob diese Menschen überhaupt noch publizieren oder öffentlich sprechen können. Die interessantere Frage lautet, was geschieht, wenn Journalisten oder Wissenschaftler dauerhaft von den Erwartungshaltungen ihres beruflichen Umfelds abweichen.

Wann wird aus einer inhaltlichen Auseinandersetzung eine Debatte über die Person? Wann wird aus Kritik an einer These eine Frage nach der beruflichen Tragbarkeit ihres Urhebers? Wann ersetzt das Etikett die Auseinandersetzung mit dem Argument?

Und wann beginnt ein Mensch, mögliche Folgen bereits mitzudenken, bevor er überhaupt etwas sagt?

Die eigentliche Klammer dieses Festivals ist weniger das BSW als die Erfahrung, mit einer Position gegen eine Wand gelaufen zu sein.

Viel Meinungsfreiheit, wenig Meinungsstreit?

Und nun muss man über eine Frage reden, die sich bei diesem Titel fast zwangsläufig stellt.

Ein „Festival der Meinungsfreiheit“ weckt zunächst die Erwartung maximaler Kontroverse. Zumal die Veranstalter selbst am Morgen erklärt haben:

„Meinungsfreiheit beweist ihren Wert nicht im Konsens, sondern dort, wo Reibung entsteht.“

Gemessen daran darf man fragen: Warum sitzt Stefan Homburg kein entschiedener Verteidiger der Corona-Politik gegenüber? Warum diskutiert Krone-Schmalz nicht mit einem Befürworter der heutigen deutschen Russlandpolitik? Warum steht neben Alexander Teske kein leitender Tagesschau-Redakteur und sagt: Das stimmt so nicht?

Das wäre spannend gewesen.

Vielleicht sehr spannend.

Nur weiß ich nicht, ob solche Gesprächspartner angefragt worden sind. Ich finde jedenfalls bislang keinen belastbaren Beleg dafür, dass prominente Vertreter gegenteiliger Positionen eingeladen wurden und abgesagt haben. Ebenso wenig lässt sich daraus ableiten, dass sie bewusst nicht eingeladen wurden.

Und ganz abwegig wäre eine Absage nun wirklich nicht.

Wer erlebt, dass bereits die Teilnahme an einer Veranstaltung außerhalb des gewohnten politischen oder medialen Umfelds öffentliche Rechtfertigungen auslösen kann, darf zumindest fragen, wie viele etablierte Journalisten, Politiker oder Wissenschaftler bereit gewesen wären, sich hier auf die Bühne zu setzen.

Aber vielleicht stellt sich noch eine ganz andere Frage:

Brauchte dieses Festival den Mainstream überhaupt?

Denn die Gegenpositionen sind ja nicht verschwunden.

Wer wissen möchte, warum die Bundesregierung Waffen an die Ukraine liefert, findet dafür jeden Tag Gesprächspartner. Wer die Corona-Maßnahmen verteidigt sehen möchte, musste während der Pandemie nicht lange suchen. Wer erfahren möchte, wie ARD und ZDF ihre journalistische Arbeit beurteilen, verfügt über ein ziemlich umfangreiches Angebot.

Regierungspositionen, große Parteien, öffentlich-rechtlicher Rundfunk und reichweitenstarke Zeitungen leiden nicht unter einem Mangel an Öffentlichkeit. Ihre Argumente sind da – auf nahezu allen Kanälen und jeden Tag.

Vielleicht musste deshalb ausgerechnet dieses Festival nicht auch noch jene Positionen proportional abbilden, die im normalen politischen und medialen Betrieb ohnehin dominieren.

Vielleicht war gerade die Umkehrung das Konzept.

Für einen Tag gehörte die große Bühne den anderen.

Ein Festival der Gegenstimmen.

Das beschreibt diesen Sonntag wahrscheinlich besser als der offizielle Titel.

Gegenöffentlichkeit und Widerspruch

Damit ist die Frage allerdings nicht vollständig erledigt.

Denn wer für einen möglichst weiten Debattenraum eintritt, muss sich irgendwann auch der Frage stellen, wie die unterschiedlichen Öffentlichkeiten wieder miteinander ins Gespräch kommen.

Meinungsfreiheit erschöpft sich nicht darin, dass jede Seite ihren eigenen Saal füllt.

Die interessantere Frage lautet deshalb vielleicht:

Wie kommen die unterschiedlichen politischen und medialen Öffentlichkeiten wieder miteinander ins Gespräch?

Das wäre eine Aufgabe für eine zweite Ausgabe.

Aber dass die Gegenstimmen einen Tag lang überhaupt einmal den großen Saal für sich hatten?

Das muss man einem Festival der Meinungsfreiheit nicht ernsthaft zum Vorwurf machen.

Dann kommt Sahra

Zum Schluss wird es unübersehbar parteipolitisch.

Sahra Wagenknecht kommt auf die Bühne. Das Abschlusspodium trägt den Titel:

,Im Osten nichts Neues: Meinungsdictatur 2.0?“

Mit Wagenknecht diskutiert unter anderem Daniela Dahn.

Und spätestens jetzt wird aus dem Festival endgültig Wahlkampf.

Warum auch nicht?

Sieben Tage später wird in Sachsen-Anhalt gewählt. Das BSW nimmt *Anlauf auf die magische Fünf-Prozent-Hürde*. Es geht um den Einzug in den nächsten Landtag.

Interessant ist dabei, dass das Thema Meinungsfreiheit nicht isoliert als Kulturkampftema behandelt wird. Es wird mit der Frage nach Institutionen verbunden.

Wie müsste beispielsweise ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk aussehen, den auch seine Kritiker wieder als ihren Rundfunk begreifen?

Auf dem Abschlusspodium wird Wagenknecht ausdrücklich gefragt, wie ein „guter öffentlich-rechtlicher Rundfunk funktionieren“ könne.

Das ist ein bemerkenswerter Unterschied zu einem bloßen „ARD und ZDF abschaffen“. Es geht zumindest im Ansatz um die Frage, ob eine öffentlich finanzierte Medienlandschaft so organisiert werden könnte, dass unterschiedliche gesellschaftliche Perspektiven tatsächlich dauerhaft vorkommen.

Nicht als exotische Gegenstimme für fünf Minuten.

Sondern als selbstverständlicher Bestandteil journalistischer Normalität.

Und vielleicht wäre genau das eine interessante Konsequenz aus diesem Festival: nicht Gegenöffentlichkeit gegen Öffentlichkeit, sondern eine Öffentlichkeit, in der die Vorsilbe „Gegen-“ irgendwann überflüssig wird.

AfD und BSW: Zwei Oppositionen, zwei Geschichten

Natürlich gibt es Überschneidungen: Corona-Aufarbeitung, Russlandpolitik, Ukrainekrieg, Kritik am öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Misstrauen gegenüber einem Politikbetrieb, der seine Entscheidungen häufig moralisch absichert.

Aber das Publikum, das das BSW hier anspricht, wird über eine andere politische Geschichte erreicht.

Frieden. Soziale Sicherheit. Wirtschaftliche Vernunft. Industriearbeitsplätze. Energiepreise. Meinungsfreiheit.

Und immer noch ein Rest jener alten linken Idee, dass Politik zuerst die Lebensbedingungen normaler Menschen verbessern sollte.

Das BSW konkurriert damit um Menschen, die mit der gegenwärtigen Politik gründlich unzufrieden sind, sich aber deshalb noch lange nicht als rechts verstehen.

Vielleicht konkurrieren BSW und AfD teilweise um denselben Protest.

Aber sie erzählen ihm unterschiedliche Geschichten.

Der eine kann mit der AfD nichts anfangen, obwohl er Waffenlieferungen ablehnt. Der andere ist mit der Migrationspolitik unzufrieden, will aber seine politische Herkunft links der Mitte nicht einfach abstreifen. Ein Dritter hat während Corona Vertrauen in Institutionen verloren, ohne deshalb seine gesamte politische Biografie neu schreiben zu wollen.

Genau in diesem Zwischenraum versucht das BSW, sich festzusetzen.

Und Sachsen-Anhalt ist dafür ein besonders interessantes Labor. Denn hier stellt sich nach der Wahl sehr konkret die Frage, wie ein Parlament mit einer sehr starken AfD umgehen soll.

Das BSW hat mit seinem „Magdeburger Weg“ bereits angekündigt, Sachanträge nicht deshalb abzulehnen, weil möglicherweise auch die AfD zustimmt. Die Partei wirbt für wechselnde Mehrheiten nach Inhalt statt einer automatischen Blocklogik.

Das ist keine Nebensächlichkeit.

Es berührt die Frage, ob parlamentarische Demokratie in einem stark fragmentierten Parteiensystem noch über Sachentscheidungen funktionieren kann – oder ob zunehmend die Frage entscheidet, *wer* einem Antrag zustimmt und nicht mehr, *was* darin steht.

Auch hier passt das Festival erstaunlich gut zum politischen Moment.

Es geht um Grenzen des Sagbaren.

Und eine Woche später möglicherweise um Grenzen des parlamentarisch Machbaren.

Nur hat das BSW selbst genügend Probleme

Der Erfolg dieses Magdeburger Sonntags darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die junge Partei selbst in schwierigem Fahrwasser ist.

Interne Konflikte. Die Frage nach dem Verhältnis zur AfD. Und die Frage, wie stark eine junge Partei dauerhaft von ihrer Gründerin geprägt sein kann.

Das BSW will Protest aufnehmen und zugleich Regierungsoption sein. Es verbindet linke Sozialpolitik mit einer restriktiveren Migrationspolitik, Friedenspolitik mit wirtschaftspolitischer Kritik und den Anspruch, auch jene Wähler zurückzugewinnen, die sich von den etablierten Parteien verabschiedet haben.

Das ist ein politischer Spagat.

In Magdeburg funktioniert er für einen Tag erstaunlich gut.

Ob er an der Wahlurne funktioniert, wissen wir nächsten Sonntag.

2.000 Menschen sind auch eine Nachricht

Was bleibt also?

Natürlich war das Wahlkampf. Natürlich war die Veranstaltung kuratiert. Natürlich saßen dort überwiegend Menschen, die bestimmte Grundannahmen miteinander teilen.

Aber man sollte über all diesen Einordnungen eine ziemlich simple Tatsache nicht vergessen:

Die Leute waren da.

Am Ende kommuniziert das BSW rund 2.000 Besucher.

Sie kamen, um über Stunden Menschen zuzuhören, die über Corona, Russland, Medien, Hochschulen, Krieg, Wissenschaft und Meinungsfreiheit sprechen.

Sie kamen aber auch, um einander zu begegnen.

Das ist nach diesem Tag vielleicht gar keine Nebensache.

Denn zwischen den großen politischen Fragen, den Vorträgen und Podien passiert etwas viel Alltäglicheres: Menschen sitzen zusammen. Essen. Trinken. Spielen Tischtennis. Erzählen sich ihre Geschichten. Treffen Bekannte wieder, die sie lange nicht gesehen haben. Bleiben irgendwo am Rand stehen und reden weiter.

Über die Verwundungen der Weltgeistseele.

Über Angstgetriebenheit.

Über Treibjagd.

Und darüber, wie man aus all dem wieder herauskommt.

Reden befreit.

Vielleicht erklärt auch das einen Teil der Anziehungskraft solcher Veranstaltungen.

Die Leute waren da.

Und allein das erzählt etwas über dieses Land.

Eine Gegenöffentlichkeit sucht ihre politische Heimat

Vielleicht ist das mein stärkster Eindruck aus Magdeburg.

Hier sucht nicht nur eine Partei Wähler.

Hier sucht eine Gegenöffentlichkeit ihre politische Heimat.

Menschen, die sich im politischen und medialen Betrieb nicht mehr wiederfinden, müssen deshalb nicht automatisch AfD wählen.

Das BSW versucht, ihnen ein anderes Angebot zu machen.

Und vielleicht erklärt das auch, warum dieser Tag so viel weniger nach klassischer Parteiveranstaltung aussieht, als man erwarten könnte. Die Themen sind älter als das BSW, die Konflikte ebenfalls. Viele der Menschen auf der Bühne haben ihre Auseinandersetzungen längst geführt, bevor die Partei überhaupt gegründet wurde.

Das BSW versucht, diese unterschiedlichen Geschichten unter einem politischen Dach zusammenzuführen: Corona-Aufarbeitung, Friedenspolitik, Medienkritik, Wissenschaftsfreiheit, soziale Frage und Skepsis gegenüber einem Staat, der nach Ansicht vieler hier zu häufig selbst festlegt, was als demokratisch erwünscht gelten soll.

Ob daraus dauerhaft eine gemeinsame politische Erzählung entsteht, ist offen.

Vielleicht scheitert die Partei bereits am kommenden Sonntag an der Fünf-Prozent-Hürde. Vielleicht zerreibt sie sich später an ihren eigenen Widersprüchen. Vielleicht gelingt ihr aber auch etwas, was anderen Parteien kaum noch gelingt: Menschen wieder politisch anzusprechen, die sich längst aus dem normalen Parteienbetrieb verabschiedet haben.

Das „Festival der Meinungsfreiheit“ war dafür ein bemerkenswertes Experiment.

Vielleicht war der Name sogar etwas zu groß. Denn wirklicher Diskurs beginnt irgendwann auch dort, wo Gegenstimmen wieder auf Menschen treffen, die zu anderen Schlüssen kommen.

Aber möglicherweise muss vorher etwas anderes geschehen.

Vielleicht müssen diese Stimmen überhaupt erst wieder hörbar werden.

Die Festung Mark war dafür ein ziemlich passender Ort.

Ein Bauwerk mit dicken Mauern, geschaffen, um Menschen draußen zu halten. Für einen Sonntag standen die Tore weit offen.

Drinne trafen sich viele jener Menschen, die überzeugt sind, dass die Mauern des öffentlichen Diskurses in den vergangenen Jahren höher geworden sind.

Sie hörten einander zu.

Sie stritten nicht ständig.

Sie aßen, tranken, spielten Tischtennis und redeten.

Vielleicht hätte man einige Vertreter deutlich anderer Positionen hereinbitten können.

Vielleicht waren sie eingeladen.

Vielleicht wären sie gekommen.

Vielleicht auch nicht.

Und vielleicht brauchte es sie an diesem Tag tatsächlich einmal nicht.

Denn ihre Stimmen sind ohnehin da: jeden Morgen im Radio, jeden Abend im Fernsehen, auf den großen Nachrichtenseiten, in den Talkshows, in Regierungserklärungen und Leitartikeln.

In Magdeburg gehörte die Bühne für ein paar Stunden "den anderen."